

SPD KV-INTERN

Liebe Genossinnen und liebe Genossen,

ein sehr spannendes Jahr geht nun zu Ende und es ist die Zeit, sich im Rückblick an das eine oder andere zu erinnern.

Anfang des Jahres hatten wir die Aufstellungsrunde für die/den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2012. In vielen Runden haben sich die vier Kandidaten vorgestellt. Auch bei uns in Tarp hatten wir die Möglichkeit, die Kandidatin und die Kandidaten zu befragen. Unsere Mitglieder konnten dann direkt wählen. Torsten Albig hat mit 70 % das beste Ergebnis erreicht. Mit diesem Verfahren haben wir gezeigt, dass Politik von der Basis aus mitgestaltet werden kann – dadurch haben wir auch neue Mitglieder gewinnen können.

Auch die Position des Landesvorsitzenden stand zur Wahl. Für diese Position gab es zwei Bewerber. Ralf Stegner wurde als Landesvorsitzender wiedergewählt.

In den Sommermonaten haben wir mehrere Bürgerkonferenzen abgehalten, die dann in einem Bürgerparteitag, der in Rendsburg stattfand, mündeten. Auf diesem Bürgerparteitag haben wir mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Genossinnen und Genossen und unserem Spitzenkandidaten diskutieren und Ideen bzw. Anregungen aufnehmen können.

Der Kreisverband hat sich mit mehreren Kreisverbandsausschüssen in die aktuelle Diskussion eingemischt und die Basis um Stellungnahmen und Anregungen gebeten. Diese Anregungen wurden z.B. auch in Anträge für den Bundesparteitag formuliert und eingebracht.

Auf dem letzten Kreisparteitag haben wir uns intensiv mit dem neuen Regierungsprogramm beschäftigt. Da bereits in den einzelnen Ortsvereinen das Regierungsprogramm vorgestellt wurde und hierzu

mehrere unterschiedliche Anträge eingegangen waren, gab es auf dem Kreisparteitag viele Diskussionsgrundlagen, die gezeigt haben, dass wir in unserer Partei

die Basis einbeziehen und deren Anträge besprechen und an die Programmkommission weitergeleitet haben. So macht Parteilarbeit Spaß.

Anfang des nächsten Jahres wollen wir einen Kreisverbandsausschuss abhalten, um uns auf den Landesparteitag vorzubereiten, der als Hauptthema das Regierungsprogramm vorsieht.

Am 6. Mai 2012 wollen wir die Landtagswahl gewinnen. Dieser Wahlkampf wird eine Menge Arbeit für die Kandidaten und die Ortsvereine bedeuten, gemeinsam – mit Torsten Albig – können wir es schaffen.

Nach diesem Rückblick und der kleinen Vorschau ein Blick in die nahe Zukunft. Ich wünsche euch allen und euren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr. Mit einer schwedischen Weisheit abschließend „nehmt es mit der Ruhe“ verbleibe ich

Euer Ralf Wrobel



Wichtige Termine:

KV-Sitzungen 2012 (immer öffentlich):

23.01., 07.02., 05.03.

21.12.2011: Kreistagssitzung SL-FL

18.01.2012: Kreisverbandsausschuss

04./05. 02.2012: Landesparteitag Lübeck

17.02.2012: Neujahrsempfang SL-FL

10.02.2012: Redaktionsschluss KV Intern

06.05.2012 Landtagswahl in Schleswig-Holstein

18.08.2012: Kreisparteitag Steinfeld

SPD KV-INTERN

Ja zum NPD Verbot

Die aktuellen veröffentlichten Ermittlungsergebnisse der Strafverfolgungsbehörden treiben einem die Zornesröte ins Gesicht und ein Jeder fragt sich berechtigterweise, wie konnte solange eine Bande von Rechtsradikalen diese Morde unerkannt begehen und unbehelligt in unserer Gesellschaft leben?

Hilft da ein Verbot der NPD?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass beigebrachte Tatsachen notwendig sind, um schlussendlich ein Verbot der NPD zu erreichen.

Mögliche Tatsachen, die nur von V-Leuten stammen, sind nicht geeignet, um ein Gericht von einem erfolversprechenden Verbotsantrag zu überzeugen.

In den aktuellen Fällen der Mordserie drängt sich geradezu die Gewissheit auf, dass die rechtsradikalen Mörder eine beweisbare Verbindung und Zugehörigkeit zur NPD ausweisen.

Aber in der Tat, dies muss als Beweis in einem Verbotsantrag eingebracht werden.

Die Ermittlungsbehörden in unserer Republik werden alles daran setzen, um den rechtsradikalen „Sumpf“, auszutrocknen, und mögliche Rat- und Tathelfer, dingfest zu machen.

In der vergangenen Innenministerkonferenz bestand Einigkeit darüber, dass ein Verbotsantrag eingebracht wird; und aus den Mängeln und den nicht rechtswirksam beigebrachten Tatsachen, die in der Vergangenheit den ersten Verbotsantrag scheitern ließen, hat man gelernt.

Parallel dazu ist unsere Gesellschaft aufgefordert, die vergangene Lebenswirklich-



keit der Täter als mögliche Ursache der politischen Verirrung und der daraus erwachsenen Verachtung unserer demokratischen Gesellschaft zu analysieren.

Wir Sozialdemokraten sind als Teil unserer demokratisch verfassten Gesellschaft aufgefordert den Anfängen zu wehren.

Ein Verbot der NPD würde es zulassen, dass zumindest die staatlichen Ermittlungsbehörden einen intensiveren Verfolgungsdruck aufbauen.

Die Gefahr, dass der gesellschaftliche Untergrund viele Nischen bereit hält, um dieses Gedankengut wachzuhalten, bleibt allgegenwärtig.

Hermann Jobben, OV Glücksburg

Ein Nochmal Neoliberalismus

In Anbetracht des Mordanschlagsversuchs an Ackermann ist das Thema Neoliberalismus wohl weiterhin aktuell.

In seinem Artikel in der ZEIT (3.11. 11, Serie „Kann der Markt moralisch sein?“) schreibt Colin Crouch: „Die orthodoxe Wirtschaftstheorie ist bekanntlich der Auffassung, ein Unternehmen habe weder die Pflicht noch das Recht, darüber zu befinden, was moralisch geboten sei. Ein Un-

SPD KV-INTERN

ternehmer müsse lediglich seine Gewinne maximieren, ...“

Ulrich Wickert vergleicht in seinem Buch „Redet Geld, schweigt die Welt“ diese Situation mit der eines Autofahrers. Das Bild des Autofahrers (S. 58, 59) scheint mir die Sache zu verdeutlichen: Ein Auto ist wertfrei, es soll auch nur fahren. Aber der Lenker des Wagens kann es sich nicht leisten einfach die Verkehrsregeln zu missachten und drauf loszufahren egal ob er andere gefährdet oder mit seinem Verhalten, seiner Fahrweise sogar umbringt.

In einer vergleichbaren Situation ist der Chef eines Wirtschaftsbetriebes. Da gab es früher mal den Begriff des „ehrbaren Kaufmanns“. Seit Aristoteles bis in die Neuzeit galt er was mit seinen (1974) Prinzipien (die vier Kardinaltugenden Wickert ebenda S. 170): Gerechtigkeit (gegenüber dem Kunden, gegenüber seinem Arbeitnehmer), Tapferkeit (heute: Zivilcourage), Klugheit, Besonnenheit. Von Gier stand da nichts!!!

Christian Biermann – immerhin schon so alt, dass er die alten Zeiten noch kennt und in die AG 60 plus gehört

Liebe Genossinnen und Genossen,



seit der letzten Ausgabe des KV Intern gab es viele Themen und Veranstaltungen, die ich als MdL aktiv begleitet habe. Hier ein paar Themen, die mich neben meiner Aufgabe für Pfl-

ge- und Minderheitenpolitik im Kieler Landtags sehr beschäftigt haben.

Gründung des „Interkommunales Gewerbegebietes Schleswig –Umland“

„Vorbildcharakter für ganz Schleswig Holstein – Herzlichen Glückwunsch“.

In einem bislang beispiellosen Prozess haben die Stadt Schleswig und 22 Nachbarkommunen einen Zweckverband gegründet, um ein neues gemeinsames Gewerbegebiet für die Region in Schuby zu organisieren.



Dadurch wird es möglich, dass sich viele neue und auch größere Betriebe hier ansiedeln und zusätzliche Arbeitsplätze für die Region geschaffen werden können.

Mit der direkten Autobahnanbindung und der vorhandenen Zweisprachigkeit ist dieser Standort auch und besonders für dänische Betriebe sehr attraktiv. Damit bekommt der deutsch dänische Arbeits- und Wirtschaftsmarkt ein weiteres hervorragendes Angebot und kann an Dynamik gewinnen.

Angesichts der Pläne der Landesregierung zur Neuschneidung der Interregfördergebiete ist es umso wichtiger, dass wir die Pflöcke hier jetzt sehr zügig einschlagen um die Jytlandroute zu stärken, bevor die feste Fehmarnbeltquerung kommt.

Ich erwarte, dass die vom Wirtschaftsminister zugesagten Fördermittel jetzt schnell fließen, damit die bereits vorhandenen

SPD KV-INTERN

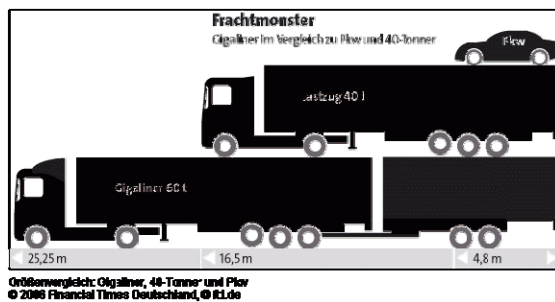
interessierten Firmen ihre Planungen vorantreiben können.

Für die Stadt Umland Beziehung ist dieser gemeinsame Schritt, ein Schritt in die richtige Richtung: man hat auf Kirchturmdenken verzichtet, sondern für die gemeinsame Region zukunftsweisend gedacht, geplant und finanziert.

In der Form würde ich mir das auch in anderen Bereichen wünschen.

Versuchsstrecken für Gigaliner auf der B 201 und B77

Jetzt ist es also amtlich, CDU/FDP haben dafür gesorgt, dass die Gigaliner jetzt sogar auf unseren Bundesstraßen fahren dürfen.



Alleine auf der freigegebenen „Teststrecke“ von Silberstedt nach Kappeln, müssen die 25Meter langen und bis zu 44 Tonnen schweren Lastzügen auf der B201 durch 10 Ortschaften fahren.

Ortschaften in denen zum Teil reger Fußgängerverkehr herrscht, wie z.B. in Süderbrarup. Ortschaften wo Schülerbusse direkt an der Hauptstraße halten und Kinder die Fahrbahn ohne Ampel und Fußgängerüberweg überqueren müssen.

Die ohnehin schon durch den übermäßig starken Maisanbau und Agrargasanlagen in unserer Region stark belasteten und frequentierten Straßen müssen also jetzt noch zusätzlich diese überlangen Fahrzeuge verkraften. Sind die 3 Kreisel auf beiden Strecken überhaupt dafür ausgebaut? Die Überholmöglichkeiten sind auf beiden Strecken sowieso schon sehr gering, was lange Autoschlangen besonders

in den täglichen Spitzenzeiten vorprogrammiert, mal ganz abgesehen von den Sommermonaten, wo alle Richtung Wasser fahren.

Ökologisch und wirtschaftlich sind diese Gigaliner auch überhaupt nicht zu erklären.

Na toll, Vielen Dank an die CDU/ FDP!

Schlag ins Gesicht des Landestheaters

Über Äußerungen des Grünen-Fraktionsvorsitzenden bei einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung (Berichterstattung in den Lübecker Nachrichten) habe ich folgende Erklärung abgegeben:



Während in Schleswig parteiübergreifend und händeringend um den Erhalt und die Sanierung des Theaters gekämpft wird, verkündet der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Habeck den Abschied vom Landestheater. Damit hat er eine bizarre 180-Grad-Wende vollzogen. Noch vor kurzem ließ er sich von niemandem in seinem Einsatz für die Rettung des Schleswig-Holsteinischen Landestheaters übertreffen, jetzt schämt er sich anscheinend dafür, will das

Landestheater aufgeben und mit den Landesmitteln die soziokulturellen Zentren und „alternative Kultur“ finanzieren.

Im Kommunalen Finanzausgleich werden derzeit 36,7 Millionen € für Theater und Orchester vorweg abgezogen, davon stehen für das Landestheater 13 Millionen € zur Verfügung. Da dieses anders als die Theater in Lübeck und Kiel an vielen Bühnen spielt, ist das nicht zu viel.

SPD KV-INTERN

Theater haben überall in Deutschland nur sehr geringe Eigenfinanzierungsquoten und sind auf öffentliche Subventionen angewiesen.

Die Idee, die Finanzierung der soziokulturellen Zentren von wenigen Zehntausend Euro auf einen zweistelligen Millionenbetrag zu heben, um sie anstatt des Landestheaters im Norden und Westen des Landes mit der kulturellen Grundversorgung zu betrauen, ist – höflich gesagt – originell.

Im Übrigen habe ich einen Antrag zum Erhalt des Landestheaters in Schleswig auf dem Kreisparteitag in Tarp eingebracht, der einstimmig angenommen wurde. Auch im Kieler Landtag habe ich eine kleine Anfrage zum Thema Landestheater eingebracht.

Ich wünsche euch allen und euren Familien eine besinnliche Weihnachtszeit und ein erfolgreiches Jahr 2012!

Eure Birte Pauls

Bericht vom Bundesparteitag

1. „Unser Kapital: Freiheit und Gerechtigkeit“

Unter diesem Titel fand in Berlin der diesjährige Parteitag der SPD statt. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Auftritte der drei möglichen Kanzlerkandidaten Steinmeier, Steinbrück und Gabriel; Höhepunkt des dreitägigen Treffens bildete die Rede des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Der Parteitag bildet den vorläufigen Abschluss von Parteireform und inhaltlicher Neuorientierung, die der Parteivorsitzende Gabriel vor zwei Jahren in seiner Rede auf dem Dresdner Parteitag angekündigt hatte.

Die knapp 500 Delegierten diskutierten ausführliche Leitanträge, u. a. zu den

Themen Wirtschaft und Steuern, Arbeit, Europa, Demokratie und zur Organisationsreform - allein zur letztgenannten wurden über 600 Änderungsanträge eingereicht.

Bei den turnusgemäß anstehenden Wahlen wurde das Spitzenpersonal erneut gewählt, als zusätzliche stellvertretende Parteivorsitzende wurde Aydan Özoguz gewählt. Der Parteivorsitzende schnitt fast so gut wie in Dresden ab (91,6 Prozent; - 2,6 Prozent). Das beste Ergebnis der Parteiführung erzielte Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin aus NRW, mit 97,2 Prozent. Armin Schild (IG Metall) wurde als Mitglied des Parteivorstands gewählt, Dietmar Hexel (DGB) schied aus dem verkleinerten Parteivorstand aus.

Aus den Gewerkschaftsvorständen waren Michael Sommer (DGB), Frank Bsirske (ver.di), Michael Vassiliadis (IG BCE), Ulrich Thöne (GEW), Klaus Wiese (IG BAU), Bernhard Witthaut (GdP), Alexander Kirchner (EVG) und Franz-Josef Möltenberg (NGG) als Gäste anwesend. Gastredner waren Theo Zwanziger (Präsident des DFB), Anetta Kahana (Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung), Jens Stoltenberg (Ministerpräsident von Norwegen) und Francois Hollande (Kandidat der Parti Socialiste bei der französischen Präsidentschaftswahl 2012).

2. Reden

Helmut Schmidt hielt zur Eröffnung des Parteitages ein eindringliches Plädoyer für die besondere Verantwortung, die Deutschland in Europa aufgrund des historischen Versagens zum einen und die gegenwärtige ökonomische Stärke und des gegenwärtigen Leistungsbilanzüberschusses zum anderen zukomme. Zugleich führte er den Delegierten die abnehmende Bedeutung der Rolle Deutschlands und Europas in der Weltwirtschaft vor Augen. Wenn überhaupt, so sein Fazit, könnten

SPD KV-INTERN

die europäischen Länder nur gemeinsam bedeutungsvoll bleiben.

Auch im Mittelpunkt der Rede des Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier standen Vorschläge, um die politische Gestaltung eines gemeinsamen Europas zurückzugewinnen zu können. Als Sofortmaßnahmen gegen die aktuelle Krise forderte er einen gemeinsamen Tilgungsfonds, die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Der Parteivorsitzende Gabriel dankte zu Beginn seiner Rede den Agenda-Machern; im weiteren Verlauf übte er dann scharfe Kritik an ihren Maßnahmen. Die Gewerkschaften, so Gabriel, seien für die SPD der wichtigste Bündnispartner. Besonders viel Applaus erhielt er für die Ablehnung eines Zitates der Bundeskanzlerin, demzufolge man eine „marktkonforme Demokratie“ brauche.

Gabriel machte deutlich, dass mit dem Parteitag die „programmatische Neuausrichtung in allen Bereichen“ abgeschlossen werde; es gehe nicht um Technik und Gesetzesänderungen, sondern um eine ganz andere Richtung. Der Dritte im Bunde der potentiellen Kanzlerkandidaten, Peer Steinbrück, hat am deutlichsten Selbstkritik geübt – auch und gerade in den von ihm zu verantwortenden Bereichen der Steuer- und Finanzmarktgesetzgebung. Zugleich ist er derjenige, der am deutlichsten einfordert, nur realistische und finanzierbare Neuerungen zu beschließen, um den sozialen Zusammenhalt nicht über Gebühr zu belasten. Alle drei haben sich klar gegen den Missbrauch der Leiharbeit ausgesprochen und eine entsprechende Regulierung gefordert.

3. Resolutionen und Beschlüsse (Auswahl)

Im wesentlichen wurde mit den vielen Seiten Text, die die SPD beim Bundspar-

teitag beschlossen hat, die Einbettung und die Begründung der politischen Forderungen neu justiert. So wird in allen Themenbereichen auf gesellschaftliche Spaltungen eingegangen, die aufgezeigten Lösungen sollen die Gesellschaft folglich alle „gerechter“ machen („Die soziale Spaltung in Deutschland hat dramatisch zugenommen. [...] Deutschland bleibt bei sozialer Gerechtigkeit und fairer Lastenverteilung innerhalb der Gesellschaft unter seinen Möglichkeiten.“). An einigen wenigen Stellen geht es zudem um das Motiv, Wirtschaft und Gesellschaft ökologischer zu gestalten.

Die Abgrenzung zu FDP und CDU vollzieht die SPD in der Papierlage über eine klare sozialdemokratische Definition der Wirtschaftspolitik. Demnach müsse erstens der Mensch im Mittelpunkt aller Wirtschaftspolitik stehen; zweitens bildeten Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung die Basis des Erfolgs des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells; drittens bilde die starke industrielle Basis und der starke, in der Realwirtschaft verankerte Dienstleistungssektor die Basis des Wohlstands. Und viertens: „Gute Arbeit steht für uns im Mittelpunkt“.

Abweichungen zur bisherigen Beschlusslage verzeichnet der Bereich Steuerpolitik. Neue Konzepte wurden für die Bürgerversicherung (Gesundheit) und für ein gestaffeltes Kindergeld unter Einbezug des Kinderzuschlags beschlossen (reguläres Kindergeld plus gestaffelter Kinderzuschlag bis 3.000 Euro brutto Haushaltseinkommen). Zudem wurde das Ziel vereinbart, Sozialversicherungsbeiträge im Niedriglohnbereich so wie für Alleinerziehende zu staffeln bzw. zu reduzieren (bisher ohne Konzept und vertagt auf zukünftige Zeiten ausgeglichener Bundeshaushalte). Im Bildungsbereich wurde ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbildung (Schule und Kita) ab 2020 beschlossen. Neu ist außerdem die

SPD KV-INTERN

Anregung, eine „Große Familienteilzeit“ für Beschäftigte mit Kindern zu diskutieren (20 Prozent weniger Arbeitszeit, 10 Prozent Lohnersatz). Bei den strittigen Themen des Parteitags – Rentenniveau/ Rentenformel und Steuererhöhung auf 53 Prozent bzw. Abschaffung der Abgeltungssteuer – wurden im Kompromissverfahren weitere Debatten bzw. die Einsetzung einer Rentenkommission und ein Erprobungszeitraum vereinbart. Eine weitere Projektgruppe beim Parteivorstand wird sich mit dem Thema „Aufgabe und Risikoabsicherung von Banken“ befassen, in der u. a. das Modell der Universalbanken einer kritischen Betrachtung unterzogen werden soll; außerdem soll bis 2012 ein schlüssiges Mini-Job-Konzept erarbeitet werden.

In verschiedenen Anträgen (Wirtschaft, Arbeit, Familie) findet sich die Forderung, Leiharbeit via Equal Pay strikt zu regulieren. Für Auszubildende wird eine Übernahmegarantie gefordert. Außerdem wurde die IG Metall-Idee eines Private-Equity-Fonds aufgegriffen. Die SPD hat ein klares Bekenntnis zur Industriepolitik und zum Erhalt der gewerblichen Produktion in Deutschland abgegeben. Im Wirtschafts-antrag heißt es z. B.: „Sozialdemokratische Strukturpolitik setzt sich nicht nur für industrielle Forschung und Entwicklung und „High-End-Produkte“, sondern ebenso für den Erhalt der Produktion und der gesamten industriellen und gewerblichen Wertschöpfungskette am Standort Deutschland ein“. Weiteres IGM-Anliegen: Der Parteitag hat in einer Resolution die Angriffe der EU-Kommission auf das VW-Gesetz verurteilt und die Bundesregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass dieser Angriff zurückgenommen wird.

3.1 Beschluss „Neuer Fortschritt: Wert der Arbeit und ein besseres Leben“

„Arbeit ist die Grundlage jeder echten Wertschöpfung“ und „Arbeit und Wirt-

schaft brauchen wieder gemeinsame Leitvorstellungen“ – damit ist der neue Kurs der Politik der Arbeit der SPD gut umrissen. Ergänzt durch das Bekenntnis, dass nicht der Markt sondern nur demokratische Politik für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt sorgen könne, strebt die SPD einen „neuen gesellschaftlichen Grundkonsens über die Würde und den Wert der Arbeit“ an. So wird die gegenwärtige Situation ungeschönt beschrieben, die Entwertung von Arbeit, Lebensläufen und Erwerbsbiographien dargestellt. Zielperspektive ist für die SPD die Stärkung von Normalarbeitsverhältnissen, deren Grundpfeiler die existenzsichernde Bezahlung, die Absicherung durch die Sozialversicherung und das unbefristete Arbeitsverhältnis bilden – trotz und gerade wegen der sonstigen Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt. Konkrete Vorschläge: vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung, EU-konformes EU-Tariftreuegesetz, Zumutbarkeitsregelung darf Lohndumping nicht fördern, Entgeltgleichheitsgesetz, Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Mini-Jobs auf 12 Stunden wöchentlich/ Ablehnung der geplanten Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze von 400 auf 450 Euro. Ankündigung eines Gesamtkonzepts bis 2012. Leiharbeit: Equal Pay ohne Ausnahme; Verbot der konzerninternen Verleihung; Mitbestimmungsrechte im Entleihbetrieb. Synchronisationsverbot außerhalb der Probezeit, Verbot von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher.

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Übernahmegarantien für Auszubildende und Berufsausbildungsanspruch durch staatliche Förderung nach drei Jahren. Erweiterung der Rahmenfrist für Anwartschaftszeit beim Arbeitslosengeld. Betriebsratrechte zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung ausweiten. Arbeitsversicherung entwickeln, nach der alle einen Rechtsanspruch auf Bildung und Weiterbildung inkl.

SPD KV-INTERN

Beratung, Freistellung und Qualifizierungsmaßnahme haben (Projektgruppe beim Parteivorstand konkretisiert bis 2012). Recht auf Teilzeit reformieren: zeitnahe und befristete Durchsetzbarkeit.

Rente: Aussetzung der Anhebung auf Rente mit 67 bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen Beschäftigten die sozialversicherungs-pflichtig beschäftigt sind. Weiterentwicklung der Teilrente und Neuregelung der Hinzuverdienstgrenzen, setzt allerdings entsprechende Teilzeitarbeitsplätze voraus. Erwerbsminderungsrente: Anhebung der Zurechnungszeiten im ersten Schritt bis zum 62. Lebensjahr. Erneute Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten. Zielperspektive: kein Arbeitsloser soll einen mit Abschlüssen verbundenen Renteneinstieg akzeptieren müssen. Rentenniveau: Überprüfung des Drei-Säulen-Modells. Zur Zukunft des Rentenniveaus soll eine Kommission bis zum Frühjahr 2012 ein geschlossenes Finanzierungskonzept und ein Konzept zur Weiterentwicklung zur Erwerbstätigenversicherung vorlegen.

3.2 Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“

Die SPD hält fest, dass Fortschritt derzeit als Programm der Unsicherheit und der Verunsicherung und als Übermacht der Märkte und der Entdemokratisierung der Gesellschaft wahrgenommen werde. Das alte Modell bringe Verunsicherung statt Hoffnung. Die SPD will den Fortschrittsbegriff neu füllen bzw. erweitern – für Sozialdemokraten sei Fortschritt schon immer gleichbedeutend mit gesellschaftlichem Fortschritt gewesen: mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität. Aber das allein reicht der SPD nicht. Die Stärkung von Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit will sie in den Fortschritts-Begriff integrieren. Vollbeschäftigung und Lebensqualität werden durch nachhaltiges

und stabiles Wachstum angestrebt. Zu einem neuen qualitativen Wachstumsbegriff wird in den Beschlüssen ausgeführt, dass dieser gebraucht werde; Elemente seien mehr Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung, Energie- und Ressourceneffizienz und ein Vorrang für nachhaltige Investitionen. Die Nettoinvestitionsquote müsse generell durch adäquate Anreize angehoben werden; auch auf europäischer Ebene sei eine koordinierte Investitionspolitik nötig. Zusätzlich sollen erwünschte Investitionen steuerlich gefördert werden (degressive AfA oder Investitionszulage).

Neben dem Bekenntnis zum industriellen Kern der Wirtschaft wird zum Verhältnis von Industrie und Dienstleistung festgehalten, dass eine Differenzierung der beiden Sektoren immer weniger sinnvoll sei, da die Wertschöpfung zunehmend im Zusammenspiel beider Bereiche stattfindet.

Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Neue Partizipationsformen in Wirtschaft und Arbeit entwickeln, neuer Anlauf für Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital, gesetzlicher Mindestkatalog im Aufsichtsrat zustimmungsbedürftiger Geschäfte, Allgemeinwohlverpflichtung und „Arbeitnehmerwohl-Verpflichtung“ der Vorstände durch Änderung im Aktienrecht. Handlungsbedarf bei Repressalien von Interessenvertretern und bei Behinderung in der Ausübung ihrer Arbeit. Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten: Paritätische Mitbestimmung in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Beendigung der Umgehung der Mitbestimmung durch Rechtsformauswahl oder Auslandsgesellschaften.

Steuerpolitik – zentrale Botschaften: Verursacher der Finanzkrise an den Kosten beteiligen, gerechtere Verteilung der Steuerlasten nötig, Steuermehreinnahmen zur Finanzierung des Gemeinwesens seien ein Gebot des „sozialen Patriotismus“.

SPD KV-INTERN

Dazu vorgeschlagen werden folgende Neuerungen: Erhöhung der Einkommenssteuer auf 49 Prozent. Dazu: Einführung einer Proportionalzone vom derzeitigen Spitzensteuersatz (52.885 Euro) bis zu 64.000, und dann Einführung einer Progressionszone ab 64.000.

Die geforderte Abschaffung der Abgeltungssteuer (und die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent) wurde mit folgendem Kompromiss befriedet: Die Verteilungswirkung der seit 2009 geltenden Abgeltungssteuer soll überprüft werden („zu gegebener Zeit“ [...], „wenn dies auf einer aussagekräftigen, von der Finanzmarktkrise nicht auf dem Arbeitsmarkt. Konkrete Vorschläge: vereinfachte Allgemeinverbindlichkeitserklärung, EU-konformes EU-Tariftreugesetz, Zumutbarkeitsregelung darf Lohndumping nicht fördern, Entgeltgleichheitsgesetz, Begrenzung der Wochenarbeitszeit bei Mini-Jobs auf 12 Stunden wöchentlich/ Ablehnung der geplanten Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze von 400 auf 450 Euro. Ankündigung eines Gesamtkonzepts bis 2012. Leiharbeit: Equal Pay ohne Ausnahme; Verbot der konzerninternen Verleihung; Mitbestimmungsrechte im Entleihbetrieb. Synchronisationsverbot außerhalb der Probezeit, Verbot von Leiharbeitnehmern als Streikbrecher.

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Übernahmegarantien für Auszubildende und Berufsausbildungsanspruch durch staatliche Förderung nach drei Jahren. Erweiterung der Rahmenfrist für Anwartschaftszeit beim Arbeitslosengeld. Betriebsratrechte zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung ausweiten. Arbeitsversicherung entwickeln, nach der alle einen Rechtsanspruch auf Bildung und Weiterbildung inkl. Beratung, Freistellung und Qualifizierungsmaßnahme haben (Projektgruppe beim Parteivorstand konkretisiert bis

2012). Recht auf Teilzeit reformieren: zeitnahe und befristete Durchsetzbarkeit.

Rente: Aussetzung der Anhebung auf Rente mit 67 bis mindestens 50 Prozent der 60- bis 64-jährigen Beschäftigten die sozialversicherungs-pflichtig beschäftigt sind. Weiterentwicklung der Teilrente und Neuregelung der Hinzuverdienst-grenzen, setzt allerdings entsprechende Teilzeitarbeitsplätze voraus. Erwerbsminderungsrente: Anhebung der Zurechnungszeiten im ersten Schritt bis zum 62. Lebensjahr. Erneute Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten. Zielperspektive: kein Arbeitsloser soll einen mit Abschlägen verbundenen Renteneinstieg akzeptieren müssen. Rentenniveau: Überprüfung des Drei-Säulen-Modells. Zur Zukunft des Rentenniveaus soll eine Kommission bis zum Frühjahr 2012 ein geschlossenes Finanzierungskonzept und ein Konzept zur Weiterentwicklung zur Erwerbstätigenversicherung vorlegen.

3.2 Beschluss „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“

Die SPD hält fest, dass Fortschritt derzeit als Programm der Unsicherheit und der Verunsicherung und als Übermacht der Märkte und der Entdemokratisierung der Gesellschaft wahrgenommen werde. Das alte Modell bringe Verunsicherung statt Hoffnung. Die SPD will den Fortschrittsbegriff neu füllen bzw. erweitern – für Sozialdemokraten sei Fortschritt schon immer gleichbedeutend mit gesellschaftlichem Fortschritt gewesen: mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität. Aber das allein reicht der SPD nicht. Die Stärkung von Demokratie und ökologischer Nachhaltigkeit will sie in den Fortschritts-Begriff integrieren. Vollbeschäftigung und Lebensqualität werden durch nachhaltiges und stabiles Wachstum angestrebt. Zu einem neuen qualitativen Wachstumsbegriff wird in den Beschlüssen ausgeführt,

SPD KV-INTERN

dass dieser gebraucht werde; Elemente seien mehr Gerechtigkeit bei der Einkommensverteilung, Energie- und Ressourceneffizienz und ein Vorrang für nachhaltige Investitionen. Die Nettoinvestitionsquote müsse generell durch adäquate Anreize angehoben werden; auch auf europäischer Ebene sei eine koordinierte Investitionspolitik nötig. Zusätzlich sollen erwünschte Investitionen steuerlich gefördert werden (degressive AfA oder Investitionszulage).

Neben dem Bekenntnis zum industriellen Kern der Wirtschaft wird zum Verhältnis von Industrie und Dienstleistung festgehalten, dass eine Differenzierung der beiden Sektoren immer weniger sinnvoll sei, da die Wertschöpfung zunehmend im Zusammenspiel beider Bereiche stattfinde. Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung – Neue Partizipationsformen in Wirtschaft und Arbeit entwickeln, neuer Anlauf für Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital, gesetzlicher Mindestkatalog

Wahlergebnisse	
Parteivorsitzender Sigmar Gabriel	91,6 % (gegenüber 2009: -2,6 %)
Stellvertretende Parteivorsitzende Hannelore Kraft Klaus Wowereit Aydan Özoguz Manuela Schwesig Olaf Scholz	97,2 % (gegenüber 2009: +7,0 %) 87,9 % (gegenüber 2009: -1,7 %) 86,8 % 82,9 % (gegenüber 2009: -4,9 %) 84,9 % (gegenüber 2009: -0,8 %)
Generalsekretärin Andrea Nahles	73,2 % (gegenüber 2009: +3,6 %)
Parteivorstand Doris Ahnen Nils Annen Katrín Budde Martin Dulig Michaela Engelmeier-Heite Elke Ferner Peter Friedrich Michael Groschek Hubertus Heil Zülfiye Kaykin Alptekin Kirci Anette Kramme Gabriele Lösekrug-Möller Nadja Lüders Heiko Maas Christoph Matschie Hilde Mattheis Julian Nida-Rümelin Matthias Platzeck Joachim Poß Florian Pronold Thorsten Schäfer-Gümbel Armin Schild Dr. Carsten Sieling Dr. Ralf Stegner Ute Vogt	Rheinland-Pfalz Hamburg Sachsen-Anhalt Sachsen NRW Saarland Baden-Württemberg NRW Niedersachsen NRW Niedersachsen Bayern Niedersachsen NRW Saarland Thüringen Baden-Württemberg Bayern Brandenburg NRW Bayern Hessen Hessen Bremen Schleswig-Holstein Baden-Württemberg

SPD KV-INTERN

im Aufsichtsrat zustimmungsbedürftiger Geschäfte, Allgemeinwohlverpflichtung und „Arbeitnehmerwohl-Verpflichtung“ der Vorstände durch Änderung im Aktienrecht. Handlungsbedarf bei Repressalien von Interessenvertretern und bei Behinderung in der Ausübung ihrer Arbeit. Ausweitung der Mitbestimmungsmöglichkeiten: Paritätische Mitbestimmung in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Beendigung der Umgehung der Mitbestimmung durch Rechtsformauswahl oder Auslandsgesellschaften.

Steuerpolitik – zentrale Botschaften: Verursacher der Finanzkrise an den Kosten beteiligen, gerechtere Verteilung der Steuerlasten nötig, Steuermehreinnahmen zur Finanzierung des Gemeinwesens seien ein Gebot des „sozialen Patriotismus“. Dazu vorgeschlagen werden folgende Neuerungen: Erhöhung der Einkommenssteuer auf 49 Prozent. Dazu: Einführung einer Proportionalzone vom derzeitigen Spitzensteuersatz (52.885 Euro) bis zu 64.000, und dann Einführung einer Progressionszone ab 64.000.

Die geforderte Abschaffung der Abgeltungssteuer (und die Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 53 Prozent) wurde mit folgendem Kompromiss befriedet: Die Verteilungswirkung der seit 2009 geltenden Abgeltungssteuer soll überprüft werden („zu gegebener Zeit“ [...], „wenn dies auf einer aussagekräftigen, von der Finanzmarktkrise nicht

Bundesparteitag verabschiedet Resolution gegen den Rechtsextremismus

Auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011 in Berlin wurde im Rahmen einer Resolution ein schnelles Verbot der NPD gefordert. "Wir wollen, dass die

menschenverachtende NPD endlich verboten wird!", heißt es in dieser Resolution, die der SPD-Parteitag am 4. Dezember 2012 in Berlin einstimmig verabschiedet wurde. Es sei "unerträglich", dass die rechtsextreme Partei mit Steuergeldern finanziert werde und ihre Parolen ungehindert öffentlich machen könne, sagte der stellvertretende SPD-Vorsitzende Klaus Wowereit.

Unerträglich ist es, dass über 130 V-Leute (Vertrauensleute), auch Führungskreisen der NPD, mit Steuergeldern bezahlt werden und die dem Verfassungsschutz im Fall des Trios aus Jena keine Informationen lieferten und dadurch ungehindert Morde an ausländische und deutsche Mitbürgerinnen und Mitbürger begehen konnten!

In der Resolution wird gefordert, "rassistische und rechtsextreme Einstellungen in der Gesellschaft zu bekämpfen". Städte und Gemeinden sollten mehr Geld für Programme gegen Rechtsextremismus erhalten. Die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz müsse "einer raschen Prüfung unterzogen werden". Das betreffe insbesondere den Umgang mit den "V-Leuten". Gegenüber rechtsextremen Straftaten müsse es eine "Null-Toleranz-Strategie" geben.

Schon lange wird ein Verbot der NPD gefordert. Für ein Verbotsverfahren muss ein sofortiger Abzug von V-Leuten eingeleitet werden, damit nicht wieder ein Scheitern vor dem Bundesverfassungsgericht wie im Jahr 2003 passieren kann. Es ist eindeutig erwiesen, dass die Straftaten vergangener Jahre mit Unterstützung der NPD geschehen konnte. Nicht hinnehmbar ist es, dass eine Partei wie die NPD die Demokratie beseitigen will und mit ihren menschenverachtenden Parolen auch noch mit Steuergeldern unterstützt wird.

SPD KV-INTERN

Autorenlesung zum Buch „Mädelsache“ – Frauen in der Nazi-Szene

Der „Runde Tisch gegen Nazis“ in Kappeln“ leistet seit einigen Jahren gute Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus. Der Runde Tisch wird vom KV Schleswig-Flensburg aktiv unterstützt.



Für den 2. Februar 2012 um 18.30 Uhr in der Kappeller Stadtbücherei ist es uns gelungen, im Rahmen einer Lesung zum Buch „Mädelsache“ die Autoren Andrea Röpke und Andreas Speit zu gewinnen.

Seit einigen Jahren treten Frauen in der männerdominierten Neonazi-Bewegung zunehmend selbstbewusster auf. Sie kandidieren für die NPD, organisieren Demonstrationen und kümmern sich um die Erziehung des rechten Nachwuchses. Vor allem aber sind sie bestrebt, rechtsradikale Politik unter dem Deckmantel von sozialen Themen wie Naturheilkunde, Ökologie, Kindergeld und Hartz IV auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Gestützt auf Insiderinformationen geben die beiden ausgewiesenen Kenner des rechtsextremen Milieus Andrea Röpke und

Andreas Speit einen Einblick in das Innenleben dieser Szene. Sie schildern, wo völkische »Sippen« bereits Vereine, Elternräte oder Nachbarschaften prägen, fragen, warum Politik und Verfassungsschutzbehörden diesem gefährlichen Treiben tatenlos zuschauen, und zeigen Strategien gegen die rechtsradikale Unterwanderung der Gesellschaft auf.

Anne Marxen

Lebhafte Veranstaltung zum Thema Maisanbau und Biogasanlagen

Auf der mit über 100 Teilnehmenden gemeinsamen Veranstaltung des SPD-Kreisverbandes Schleswig-Flensburg und MdL Birte Pauls und MDL Lothar Hay wurden die Vor- und Nachteile von Biogasanlagen und Maisanbau und weiteren Monokulturen beleuchtet. Die Referenten betonten, dass keine Angriffe auf die Anlagen-Betreiber gerichtet werden.

Die Zahl der Agrargasanlagen hat sich zunehmend zu einer Industrialisierung entwickelt. Im Kreis Schleswig-Flensburg haben sich diese Anlagen innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Gab es im Jahr 2009 noch 72 Agrargasanlagen, ist der jetzige Stand im Kreis Schleswig-Flensburg 140. Weitere Biogasanlagen befinden sich in Planung, bzw. sind beantragt worden. Zurzeit werden auf ca. 36% der Ackerfläche, ca. 35000 Hektar Maisanbau für Biogasanlagen betrieben. Wird der Futtermais dazu gerechnet, so erreicht der Maisanteil von ca. 60% der Anbauflächen.

In vielen Kommentaren ist von Vermassung und Monokulturen unserer Landschaft die Rede. Aber nicht nur das. Ganze

SPD KV-INTERN

Landschaften haben sich geändert. Die Artenvielfalt ist zum Beispiel gefährdet. Von einer herkömmlichen bäuerlichen Landwirtschaft ist kaum noch etwas übrig. Zudem ist die Konkurrenz bei gepachtetem Land zu verzeichnen. Der enorme Flächenverbrauch hat Auswirkungen auf die Kulturlandschaft und auf den Tourismus.



MdL Birte Pauls stellte in ihrem Eingangsstatement fest: „Es kann einfach nicht ankommen, dass gewachsene Gemeindestrukturen und traditionsreiches Gemeindeleben zerstört werden, sogar Drohungen ausgesprochen werden so wie wir es in der Gemeinde Tielen gerade erleben können, weil Einzelinteressen wichtiger sind als das Gemeinwohl. Ich möchte dafür werben, dass Gemeinden sich sehr rechtzeitig mit der Thematik auseinandersetzen, eine transparente Gemeindeplanung vornehmen, die Bürgerinnen und Bürger sich auch auf das gesagte verlassen und sich wiederfinden können. Eine Planung, die ein Augenmaß auf gewachsene vorhandene Strukturen, auf Mensch und Natur hat.“

Miteinander reden und nicht übereinander. Und dann müssen die entsprechenden Gesetze ganz schnell dahingehend geändert werden, dass diese starke Ballung von Biogasanlagen, wie wir sie gerade im nördlichen Landesteil erleben nicht länger möglich ist.“

MdL Lothar Hay regte an, das Wort Agroanlagen statt Biogasanlagen zu verwenden. Die Politik sei verantwortlich für die Rahmenbedingungen für die Genehmigung von Agroanlagen. Die Landwirte würden aufgrund geltender Gesetze handeln. Notwendig sei eine Änderung des bundesweiten Baugesetzbuches zum privilegierten Bauen. In Dänemark werden 10.000 Ha für den Maisanbau von Betreibern im Kreis Schleswig-Flensburg angebaut, die Ernte muss zu den Agraranlagen im Kreis transportiert werden. Lothar Hay wies weiterhin darauf hin, dass wenn der Mais geerntet worden ist, Pestizide wie Glyphosat auf die Felder gestreut werden. Der Bauernverband empfiehlt dringend, dass die Fruchtfolge eingehalten wird und dass für vorhandene Anlagen Verbesserungen erreicht werden müssen. „Kiebitze verschwinden, dafür finden Wildschweine hervorragende Bedingungen“, so Lothar Hay. Dauergrünland geht verloren, wenn kein Ersatzgrünland angelegt wird. Die Forderung der Politik muss auch dahin gehen, Kraft-Wärme-Koppelung zu nutzen. Es gibt kaum Einspeisungen von Wärme ins Gasnetz. Gemeinden können auch bei privilegierten Anlagen ihr Einverständnis verweigern, wenn keine geeigneten Straßen vorhanden sind.

Jürgen Augustin, Bürgermeister aus Nübel, berichtete über seine Erfahrungen in der Gemeinde, die einen städtebaulichen Vertrag mit einem Betreiber abgeschlossen hat. „Eine Gemeinde hat die Verpflichtung gegenüber den Bürgern. In den Gemeinden muss ein Dialog mit den Bürgern geführt werden, wobei eine gegenseitige Rücksichtnahme wichtig ist.“

In der anschließenden Diskussion nutzen viele die Gelegenheit, Fragen zu den Themen Umwelt- und Pflanzenschutz, Gesundheitsschäden aus Gärresten, Botulis-

SPD KV-INTERN

mus, Abnutzung von Gemeindestraßen und Nutzung anderer alternativen Energien ergänzen. Die anwesenden Landwirte stellten ihre Situation und Erfahrungen vor.

Vertreter der Bürgerinitiative Pro.Tielen schilderten ihren langen Weg des Protests in der Gemeinde Tielen gegen eine privilegierte Agrargasanlage.

Im Anschluss der Veranstaltung haben die MDL Birte Pauls und Lothar Hay einen Termin mit der Bürgerinitiative Pro.Tielen für einen Besuch in Tielen vereinbart.

Anne Marxen

Arbeitsintensiver Kreisparteitag

Auf dem a. o. Kreisparteitag des KV Schleswig-Flensburg am 22. November 2011 in Tarp befassten sich die Delegierten in vielen lebhaften Diskussionsbeiträgen mit dem Regierungsprogramm der SPD in Schleswig-Holstein mit dem Titel „Politik für ein starkes Land“. Einstimmig wurde eine Resolution zum Erhalt des Theaterstandortes in Schleswig angenommen.



Birte Pauls, als Mitglied der Programmdiskussion, erläuterte in ihrem Eingangsstatement die Schwerpunkte des Regie-

rungsprogramms. In 15 regional unterschiedlichen Demokratiesommerversammlungen mit dem Spitzenkandidaten Torsten Albig haben sich über 10.000 Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche für die Zukunft ihres Landes und ihrer Region für ein SPD-regiertes Schleswig-Holstein eingebracht. Diese sind im Diskussionspapier des Regierungsprogramms eingeflossen. Birte Pauls regte dazu an, dass die Teilnehmer des Kreisparteitages sich im Diskussionsforum im Internet zum Regierungsprogramm beteiligen könnten.

Anschließend referierten die Landtagskandidaten Jens Maßlo (Flensburg Land), Ralf Wrobel (Schleswig Nord) und Birte Pauls zu den Details im Regierungsprogramm. Alle drei Landtagskandidaten lobten die prägnanten Themen, die im Programm aufgeführt sind. Das Programm ist bewusst kurz gehalten, denn „wir versprechen nur, was wir halten können“ war der Tenor aller drei Referenten.

Begleitet von vielen Diskussionsbeiträgen wurden Ergänzungs- und Änderungsanträge zum Diskussionspapier des Regierungsprogramms zum Beispiel zu den Themen Bildung, Stärkung der ländliche Räume, Rechtsextremismus, Mindestlohn von 8,50 € und Verkehrsinfrastruktur behandelt und verabschiedet.

Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel bedankte sich in seinem Abschlussstatement für die vielen engagierten Beiträge der Delegierten.

Anne Marxen

SPD KV-INTERN

Impressum:

Herausgeber:

SPD Kreisverband Schleswig-Flensburg

Königstraße 4,

24837 Schleswig,

Telefon 04621-27110

KV-Schleswig-Flensburg@spd.de

www.spd-schleswig-flensburg.de

V.i.S.d.P. Karsten Stühmer stellv. Vorsitzender

der SPD Schleswig-Flensburg

Redaktion: Anne Marxen und Karsten Stühmer
Namentlich gekennzeichnete Artikel erscheinen
außer Verantwortung der Redaktion.

Auch hier sind die Roten wieder die Guten

Ein besinnliches
Weihnachtsfest und ein
frohes neues Jahr...

wünscht der  Kreisver-
band Schleswig-Flensburg